



**Thomas Sprute**

7. Oktober um 12:30 · Paderborn · Bearbeitet ·



Ich habe nach wie vor höchstes Verständnis für die Dahler um **Jürgen Baur**. Aber die jetzigen und wir damaligen Kommunalpolitiker konnten die Rechtsprechung auf Grundlage einer Politik, die die jahrzehntelange Ökopolitik der Grünen noch links überholte, nicht mehr verhindern.[http://www.nw-news.de/owl/kreis\\_paderborn/paderborn/paderborn/11267801\\_Scharfe\\_Kritik\\_an\\_Windmonster.html?cnt=11267801](http://www.nw-news.de/owl/kreis_paderborn/paderborn/paderborn/11267801_Scharfe_Kritik_an_Windmonster.html?cnt=11267801)



## Scharfe Kritik an "Windmonster" - Neue Westfälische

Neue Westfälische

NW-NEWS.DE | VON NEUE WESTFÄLISCHE

Gefällt mir nicht mehr · Kommentieren · Teilen

Dir und 7 weiteren Personen gefällt das.



**Christoph Quasten** Genau so ist es. Bei aller Wertschätzung gegenüber dem Engagement von Baur und Co, der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt nicht in der Kommune, sondern beim Land (Abstandsregelung) und beim Bund (BauGB §35, Privilegierung).

7. Oktober um 14:05 · Gefällt mir · 3



**Jürgen Baur** Auch „Baur und Co.“ durchschauen das politische Spiel: Die früheren kommunalpolitischen Fehlplanungen und Fehlentscheidungen bei der Auflage der Flächennutzungspläne, über deren Konsequenzen sich die städtischen Kommunalpolitiker seinerzeit offenbar wenig Gedanken gemacht haben. Richtig, heute kommt man aus der Nummer schwerlich wieder raus. Also die Suche nach passenden Rechtfertigungsversuchen: Wir konnten und können nicht anders wegen der landes- und bundespolitischen Vorgaben. Sollte da ein kleines Glaubwürdigkeitsproblem entstehen? „Baur und Co.“ haben einen besseren Vorschlag: Zeigt den Bürgerinnen und Bürgern endlich einmal auf, welche kommunalpolitischen Entscheidungsspielräume bestehen – die gibt es nämlich! – und wie sie bei den städtischen Planungen und Entscheidungen genutzt werden.

7. Oktober um 18:27 · Bearbeitet · Gefällt mir



**Christoph Quasten** .....welche kommunalpolitischen Entscheidungsspielräume bestehen – die gibt es nämlich! – @Baur: Ich verfolge Ihre Äußerungen in der Regel sehr sorgfältig, doch habe ich keine gesetzeskonformen und gerichtsfesten Argumente entdeckt. Ich freue mich allerdings, wenn Sie wirklich Alternativen aufzeigen (vielleicht sprengt das den Rahmen von fb).

7. Oktober um 18:31 · Gefällt mir



**Thomas Sprute** Das sprengt den Rahmen von Facebook keinesfalls: **Jürgen Baur** hat insofern recht, als sich die Kommunalpolitik vermeintliche Ermessensspielräume eröffnen könnte, indem z.B um Dahl herum Höhenbegrenzungen oder grössere Mindestabstände zur Wohnbebauung festgeschrieben werden. Aber: Ein solches planerisches Ermessen hätte die seit



**Thomas Sprute** Das sprengt den Rahmen von Facebook keinesfalls: Jürgen Baur hat insofern recht, als sich die Kommunalpolitik vermeintliche Ermessensspielräume eröffnen könnte, indem z.B um Dahl herum Höhenbegrenzungen oder grössere Mindestabstände zur Wohnbebauung festgeschrieben werden. Aber: Ein solches planerisches Ermessen hätte die seit langem in Planung befindlichen Anlagen um Dahl herum nicht verhindern können, und zudem wären auf die Stadt Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe zugekommen. Im übrigen hätte die oben beschriebene den DaWi Interessen entsprechende, aber letztlich ermessensfehlerhafte Überplanung zu unkontrollierbarem Auswuchs der Windradmammuts geführt. Die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens war und ist Gebot der Vernunft. Selten genug, daß Kommunalpolitiker den Mut haben, unpopuläre aber vernünftige Entscheidungen zu fällen.

7. Oktober um 19:43 · Bearbeitet · Gefällt mir



**Karin Kron** Ich schreibe aus dem Süden der Republik und bin entsetzt ob der Verschandelung der Landschaft meiner alten Paderborner Heimat!! Das Mass ist absolut überschritten! Wie oft in Deutschland wird alles 150 prozentig übertrieben

7. Oktober um 22:13 · Gefällt mir · 2



**Jürgen Baur** Keine Ermessensspielräume, Herr Quasten? Wenn selbst der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht entnommen werden kann, wo „die Grenze zwischen einer unzulässigen Verhin-derungsplanung und dem substanziellen Raum für die Windenergie verläuft“ (vgl. Bundesverwaltungsblatt 8/2013)?

Weil die Kommunen in diesem interpretationsbedürftigen Raum nicht rechtssicher planen können, planen sie „zur Sicherheit“ möglichst großzügig bis an die Grenzen des rechtlich Zulässigen – zugunsten der Landbesitzer und Investoren und zu Lasten der Bevölkerung.

Aber Sie sehen's ja richtig: Die Privilegierung der Windindustrie durch den Bund wird durch die ministerialen NRW-Bündnisgrünen noch einmal zur Weltverbesserungsideologie hochstilisiert. Eben deshalb muss die Kommunalpolitik alle verbleibenden Ermessensspielräume nutzen, um die Bürger zu schützen.

Gestern um 07:52 · Bearbeitet · Gefällt mir



**Jürgen Baur** „Ermessensfehlerhafte Überplanung“, Herr Sprute? Könnten Ermessensfehler (in wessen Ermessen?) nicht eben darin liegen, dass die Überplanung einer Windvorrangzone ausschließlich unter der Perspektive der energetischen Optimierung (vgl. Gutachten und Ratsprotokolle zur Überplanung des Holterfeldes) betrieben wurde, ohne den Schutz der Anwohner auch nur mit einem einzigen Wort zu erwähnen?

Nur so, als nicht ganz nebensächliches Beispiel. Und als Beleg dafür, dass Ihr Konjunktiv in den Indikativ gesetzt werden muss, weil das gesamte Planungs- und Entscheidungsverfahren mit Ermessensfehlern behaftet war: bei der gedeckelten Bürgerbeteiligung, in den einseitigen gutachterlichen Bewertungen, bei der Fehleinschätzung der sozialräumlichen Gegebenheiten vor Ort, bei den unkritisch übernommenen Abstandsempfehlungen ... . Nichts für ungut, aber „politische Vernunft“ bedarf anderer Begründungen.

Wie wär's mit einer Fortsetzung der Debatte in einer ebenso ernstgemeinten wie „total coolen“ Volte: Die DaWi mandatiert den kommunalpolitisch versierten Juristen Thomas Sprute mit der Vertretung der Bürgerinteressen?

Gestern um 07:51 · Gefällt mir



**Thomas Sprute** Herr Baur, natürlich schätzen wir uns wechselseitig und spricht Ihr Vorschlag meine Freude an schwarzem Humor durchaus an: Indes, selbst unter Vernachlässigung aller Interessenkonflikte könnte ich der DaWi nur mit geteilt zornigem Bauchgefühl, nicht aber mit rechtlich erfreulichen Lösungen dienen. Das, was ich in einer der Bauausschusssitzungen - auch an Sie und die übrigen Vertreter der DaWi gerichtet - sagte, war mein Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses. Bekanntlich hatte ich zu Lasten und gegen die Wünsche der DaWi entschieden, um der Stadt die bestmöglichen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume in dieser belämmerten Situation zu erhalten.

Gestern um 09:17 · Gefällt mir



**Peter Ludwig Vehlau** Mama Mia! Mann sieht ja von Windräder bald kein Wald mehr!

Gestern um 16:46 · Gefällt mir · 1



**Markus Mertens** In der Sache, Herr Baur, bin ich bei Ihnen. Es reicht! Leider argumentieren Sie jedoch vor allem im Rahmen der dringend erforderlichen rechtlichen Bewertung immer mit Behauptungen, bei denen Sie selbst allzu oft den Konjunktiv bedienen und die die Bürger in Dahl und auch die Politik keinen Schritt



**Markus Mertens** In der Sache, Herr Baur, bin ich bei Ihnen. Es reicht! Leider argumentieren Sie jedoch vor allem im Rahmen der dringend erforderlichen rechtlichen Bewertung immer mit Behauptungen, bei denen Sie selbst allzu oft den Konjunktiv bedienen und die die Bürger in Dahl und auch die Politik keinen Schritt voranbringen. Die Stadt könnte, die Stadt müsste. Herr Sprute hat es bereits angesprochen, ich will es unterstreichen: Sie wissen ganz genau, dass ein renommiertes deutsches Anwaltsbüro beauftragt wurde, Lösungen zu entwickeln, den - ja auch aus meiner Sicht - erbärmlichen Wildwuchs der Anlagen einzudämmen. Sie wissen, dass es immerhin gelungen ist, die Zahl neuer Anlagen zu minimieren. Sie wissen, dass mehr nicht geht. Jeder Bürger der in solchen Fragen anderer Auffassung ist, bedient sich selbst rechtlicher Expertise. Das kostet natürlich Geld und kann im Falle des Misserfolges teuer werden. Einen solchen Schritt aber scheuen Sie wie der Teufel das Weihwasser. Warum wohl? Ich behaupte: Weil Sie das Ergebnis kennen, weil Sie kein Geld verbrennen wollen und weil Ihnen so die Grundlage entzogen wird, weiter auf die Stadt einzuprügeln. Also nochmal: Ich würde auch am liebsten von heute auf morgen alle weiteren Aktivitäten des Ausbaus der WE im Paderborner Land einstellen, weil ich sage: Es reicht! Im Übrigen verweise ich auf die neu geschaffenen Optionen im BauGB, denen sich die Stadt PB gern bedienen würde. Doch dazu ist ein erster Schritt der Landesregierung erforderlich, der jedoch von Rot-Grün verweigert wurde.

13 Std. · Gefällt mir · 2



**Christoph Quasten** Die Beiträge der Herren Baur und Sprute habe ich - gerade unter dem Aspekt der Eloquenz - mit großem Genuss gelesen, doch kann sich hinter sprachlicher Eleganz gelegentlich auch die fehlende Argumentationsschärfe ganz gut verbergen, Anders formuliert: Ich bleibe dabei: Substantiell gibt es für die kommunale Ebene keinen Spielraum (@Sprute: Der Planungsspielraum, den Sie aufzeigen, würde - wie Sie selbst sagen - an der Realität der Rechtsprechung zerschellen.)

12 Std. · Gefällt mir



**Jürgen Baur** Damit wir uns nicht allzuweit in Richtung des schwarzen Humors bewegen, Herr Mertens: In der Dahler Wind-Initiative engagieren sich alle mit hohem (geldwerten) Zeitaufwand ganz und gar ehrenamtlich und also unentgeltlich. Juristischen Beistand kann sich die Bürgerinitiative bedauerlicherweise nicht leisten – aber nicht deshalb, weil sie Misserfolge scheut „wie der Teufel das Weihwasser“ (welch frommes Bild!), sondern weil ihr schlichtweg das „große Geld“ fehlt, um den geldmächtigen Investoren und ihren Klageandrohungen und Regressforderungen Widerstand zu leisten. Und weil die Bürgerinnen und Bürger unter diesen Voraussetzungen in einen chancenlosen Nachteil geraten, müssen sie desto mehr darauf setzen, dass die Kommunalpolitik ihrerseits alle Möglichkeiten nutzt, um rechtssichere Planungen auch im Hinblick auf den Schutz der Bürger und Bürgerinnen vor Ort sorgfältig zu durchdenken und Entscheidungen ausdrücklich auch im Hinblick auf dieses Schutzinteresse zu begründen. Davon habe ich bisher noch in keinem Ratsprotokoll etwas gelesen. Aber vom Gegenteil lasse ich mich gerne überzeugen.

11 Std. · Bearbeitet · Gefällt mir



**Jürgen Baur** Und weil wir alle (von manchen rot-grünen Ausnahmen abgesehen) ✕ offenbar doch an einem Strang ziehen und es uns allen um die Wahrung von Bürgerrechten und Bürgerinteressen geht: Es ist ja bekannt, dass die DaWi in verschiedenen Stellungnahmen an den BPU auf die Verfahrensprobleme in der Vergangenheit aufmerksam gemacht hat. Mit (wie ich meine) sachlich gut begründeten Einwänden und Vorschlägen, so dass von „Einprügeln“ wirklich keine Rede sein kann. Aber, nicht ganz nebenbei, auf keine unserer Stellungnahmen hat die DaWi jemals eine Antwort vom BPU bekommen, so dass wir nicht einmal wissen, ob diese dort überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Sind Sie, Herr Mertens, nicht auch der Meinung, das könnte man besser machen, um das beiderseitige Verständnis zu befördern? Sind Sie nicht ebenfalls der Meinung, die Bürgerinnen und Bürger könnten als „Mitdenkende“ besser in die Planungsprozesse eingebunden werden? Und widerspricht dem nicht, dass die nächste Sitzung des Bauausschusses, in dem Dr. Unland als Rechtsberater und Ahn als FNP-Gutachter referieren werden, nun gerade als nicht-öffentliche Sitzung anberaumt wird? Sie verdenken mir (und manch anderem) sicherlich nicht meinen Verdacht der „Geheimniskrämerei“. Oder sollten unsere Vorstellungen von einer transparenten und bürgernahen Kommunalpolitik doch so weit auseinander liegen? Kann ich mir eigentlich nicht vorstellen.

10 Std. · Gefällt mir



**Markus Mertens** Herr Baur, Sie wissen doch genau: Laut dem anerkanntesten Anwaltsbüro des hiesigen OVG-Bezirks tut die Stadt alles Ihr Mögliche. Wer das anzweifelt, muss seinerzeit das Gegenteil beweisen. Da reichen dann aber nicht bloße Missfallenskundgebungen gegenüber der Stadt bzw. jetzt eher den Aussagen der Rechtsexperten. Da müssen schon fundierte rechtssichere Aussagen her. Die



**Markus Mertens** Herr Baur, Sie wissen doch genau: Laut dem anerkanntesten Anwaltsbüro des hiesigen OVG-Bezirks tut die Stadt alles Ihr Mögliche. Wer das anzweifelt, muss seinerzeit das Gegenteil beweisen. Da reichen dann aber nicht bloße Missfallenskundgebungen gegenüber der Stadt bzw. jetzt eher den Aussagen der Rechtsexperten. Da müssen schon fundierte rechtssichere Aussagen her. Die kann ich nicht treffen und bei allem Respekt vor Ihrem ehrenamtlichen Engagement ist Ihnen das auch - wie Sie richtigerweise darstellen - auch nur dann möglich, wenn Sie sich anwaltlicher Unterstützung bedienen. Wenn Sie das nicht wollen oder können, dann kann man die Stadt weiter kritisieren, doch fehlt da die inhaltliche, hier leider immer wieder notwendige rechtliche Substanz. Ja es sind die Klageandrohungen, die eine entscheidende Rolle spielen. Glücklicherweise waren die Anwälte der Ansicht, dass etliche von diesen ins Leere laufen. So konnten etliche Anträge abgelehnt werden. Bei anderen wiederum hieß es dagegen: Keine Chance. Auch hier besteht dann sicherlich noch die Möglichkeit des Widerstandes. Doch angesichts der vollkommen fehlenden Aussicht auf gerichtlichen Erfolg muss man das Gesamtwohl der Stadt im Auge behalten. Denn erstens kommt die Anlage dann sowieso, nur etwas später. Doch diese Verzögerung kostet den Steuerzahler Millionen.

10 Std. · Gefällt mir · 1



**Karin Kron** Dusseliges Juristengeschwafel und Paragrafenreiterei! Der Bürger wendet sich mit Grauen ab!

7 Std. · Gefällt mir



**Thomas Sprute** Ach, wenn der Bürger aufgrund Juristengeschwafels und Paragrafenreiterei zu seinem Erfolg käme, wendete er sich nicht ab. Er wählt sogar Politiker, die die dusseligen Ideen einer verfehlten Energiewende in Paragrafen fassen...ach, jetzt graut es dem Bürger?

5 Std. · Gefällt mir · 2



**Wolfram Bölte** Um mal meine ganz persönliche Meinung beizusteuern. Ja, ein unverbauter Horizont wäre wünschenswert, kann ich verstehen. War man als dortiger Anwohner nun auch Jahrzehnte gewöhnt. Das lässt man sich nicht gerne nehmen. Auch der Diskoeffekt und der Sound, den Windräder von sich geben ist ärgerlich (zu nah dran offenbar auch schädlich). Aber: Es ist ein temporäres Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in einigen Jahrzehnten nicht eine bessere Variante von Windkraft (Offshore, generell höhere Effizienz), bzw. eine ganz andere Idee zur Energieproduktion gefunden haben. Und man darf ja nicht vergessen, warum die Dinger gebaut werden. Wir schalten dafür Atommeiler ab (Oder sehe ich das falsch?). Ich persönlich habe lieber einen Horizont voll Windrädern, als AKWs oder Braunkohletagebauten in Deutschland. Denn Windräder kann man einfach wieder abbauen und dann sind sie weg. Die anderen Varianten der Energieproduktion geben noch unseren Kindern/Kindeskindern Probleme mit auf den Weg... Das will ich nicht. Das hier ist ein gutes Beispiel für eine »Not in my Neighbourhood« - Politik die mir gehörig auf den Keks geht.

5 Std. · Gefällt mir



**Thomas Sprute** Zum Teil gefällt`s mir, **Wolfram**, was Du schreibst. Indes hatte ich noch nie die Angst, daß ein Tsunami die Weser runterkommt und Würgassen geflutet hätte. Die AKW's in Deutschland abzuschalten, während die EU- Länder "in the neighbourhood" munter weit... [Mehr anzeigen](#)

4 Std. · Gefällt mir · 1



**Thomas Sprute** Lindner ist doch noch auf Spur, möge Siggi seinen Kopf mehr beanspruchen als seinen Magen: <http://www.christian-lindner.de/.../6137c21634.../index.html>



### "Von wegen Reform – das EEG muss weg!"

In einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel skizziere ich, warum die Reform-Pläne von Sigmar Gabriel nicht weit genug gehen.

CHRISTIAN-LINDNER.DE

3 Std. · Gefällt mir



**Wolfram Bölte** Klar, ich sehe die Probleme. Gerade auch, dass die Staaten um uns herum Atomstrom mit nicht so sicheren Kraftwerken produzieren. Aber, auch wenn es wohl mehr oder weniger eine Kurzschlussbehandlung war so schnell den Wechsel auf erneuerbare Energien zu w... [Mehr anzeigen](#)

2 Std. · Gefällt mir



**Thomas Sprute** Am 26.5.12 waren die neidisch, heute sind die hämisch ob der hiesigen Strompreise.

2 Std. · Gefällt mir